

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden  
Vertriebsnummer: 25 241  
Nur für Nachgelassene: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. April 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1.50 Mk.,  
Faltbezugsgeld für Monat April 3 Mark ohne Zustellungsgebühr.  
Einzelnummer 10 Pfennig  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite  
Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne  
Rabat 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamzeile 150 Pfg.,  
außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 33 42  
Druck u. Verlag von Kiepich & Reichardt in Dresden  
Postfach-Rositz 1088 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Trinkt **BUSSARD-SEKT** Qualitäts-Marken, hergestellt aus edlen Weinen

## Amerika billigt Cecil's Haltung in Genf.

### Wirkliche Flottenabrüstung nur durch kleine Konferenzen zu erreichen.

Perilsch wünscht freundschaftliche Beziehungen zwischen Jugoslawien und Deutschland. — Furchtbarer Wirbelschmerz in Texas.

#### Nur die Coolidge-Konferenz hat Aussicht auf Erfolg.

London, 13. April. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, hat man in amerikanischen Kreisen der größten Befriedigung über die Haltung Lord Cecil's in Genf gegenüber den kontinentalen Vorschlägen in der Frage der Flottenabrüstung Ausdruck gegeben. Man sei der Ansicht, daß, falls die französischen Vorschläge von Großbritannien angenommen worden wären, die Aussichten der bevorstehenden, vom Präsidenten Coolidge einberufenen Flottenabrüstungskonferenz ernstlich gefährdet worden wären.

Die britische Regierung sei der Auffassung, daß praktische Fortschritte in der Frage der Flottenabrüstung viel eher erzielt werden könnten durch eine beschränkte Konferenz, als durch endlose, größtenteils theoretische und sehr oft unausrichtige Verhandlungen, in denen flottenlose Mächte nicht ärgerten, sondern ihre Stimme abzugeben.

Lord Cecil sei, um zu einer Einigung mit Paul Boncour zu gelangen, an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Seine Haltung habe die Billigung des ganzen englischen Kabinetts gefunden. Einige Kabinettsmitglieder seien sogar der Meinung, daß er zu weit gegangen sei. Mit Befriedigung werde in London festgestellt, daß Italien, dessen Delegierte zunächst geneigt gewesen seien, den französischen Standpunkt einzunehmen, bei dieser Gelegenheit Großbritannien unterstützt hätten. Angeht die Enthüllung der in dem Bericht der Unterkommision A enthaltenen persönlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten in Genf sei nie ernsthaft damit zu rechnen gewesen, daß die vorbereitende Abüstungskommission zu einem Abkommen gelangen würde.

#### Kein italienischer Beobachter auf der Drei-Mächte-Konferenz Coolidges.

Paris, 13. April. Wie die „Chicago Tribune“ aus Rom meldet, wird die italienische Regierung demnach die Einladung Coolidges, einen Beobachter zu der von ihm geplanten Drei-Mächte-Konferenz für die Seeabrüstung zu entsenden, ablehnend beantworten. (Z. U.)

#### Die militärische Jugendausbildung in Frankreich.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 13. April. Im Hinblick auf die Abrüstungsverhandlungen in Genf sind folgende Angaben über die militärische Jugendausbildung in Frankreich und das dafür vorhandene Kriegsmaterial von Interesse.

Die neuen französischen Heeresgesetze stellen die ganze französische Nation, gleichgültig welchen Alters und Geschlechts, in den Dienst der Kriegsvorbereitung. Die körperliche Ausbildung beginnt für jeden Franzosen, Knaben oder Mädchen, mit dem vollendeten 6. Lebensjahre. Die Vorbereitung für den Militärdienst ist die Fortsetzung der körperlichen Ausbildung vom vollendeten 16. Lebensjahre an bis zur Einstellung in die Armee. Diese Ausbildung findet in höheren Lehranstalten, Sportvereinen und in besonderen militärischen Jugendabteilungen in drei Gruppen statt, deren erste eine allgemeine Vorbereitung auf den Militärdienst darstellt, während die zweite und dritte Gruppe die Ausbildung zu Unteroffizieren bzw. Offizieren vorbereitet. Für Schützen, die die Teilnehmer bei den Vorbereitungen auf den Militärdienst erweisen, kommt der Staat auf. Zur Berechtigung der Räumlichkeiten und Plätze für die Ausbildung sind die Gemeinden verpflichtet. Die Kosten für die Ausstattung der Räume, Ankauf der Unterrichtsmittel, werden gemeinschaftlich von Gemeinden, Provinzialbehörden und Staat getragen. Waffen, Munition, militärische Ausrüstungsstücke, Schießstände usw. stellt die Armee zur Verfügung.

An Etatsmitteln waren im Jahre 1926 beim Kriegsministerium 8 1/2 Millionen Franken eingelegt. Für die Schießausbildung stehen für jeden Teilnehmer 40 Patronen unentgeltlich und dieselbe Zahl gegen Bezahlung zur Verfügung. Die Anstellung der Lehrkräfte und das weitere Studium erfolgen in einer besonderen oberen Organisation, dem Conseil supérieur de l'Education physique. Die Veranstaltung tüchtiger Lehrkräfte liegt der Hochschule für Unterricht und Körpererziehung zu Jouvence ob, der Turnanstalt für die Marine und für besondere theoretische und praktische Kurse in jedem Korpsbezirk.

So verfügt Frankreich über sein vier Millionen Krieger zählendes Heer an Kriegsgewehr über 10 000 leichte und 15 500 schwere Maschinengewehre, 1430 leichte und 1550 schwere Geschütze, 300 leichte und 100 schwere Kampfwagen, sowie über 1615 Flugzeuge.

#### Böswillige Schuldner.

Von Emil Berg, Landtagsabgeordneter.

Seit einigen Tagen zerbricht man sich in Sachsen den Kopf darüber, ob der der deutschnationalen Landtagsfraktion im Februar ausgestellte Bescheid auf Eintritt in die sächsische Regierung spätestens zum 1. Juni eingelöst wird. Obwohl von deutschnationaler Seite aus diese Frage gar nicht angeschnitten worden ist, geht das übliche Kesseltreiben ausgerechnet während der Landtagsferien los. Dieses Treiben hat einen tieferen Sinn. Am 1. April bereits ließen die sozialistischen Blätter Dresdens einen Versuchsballon los, in dem die angeblichen Wünsche der Deutschnationalen in bezug auf die künftige Regierungszusammensetzung mitgeteilt wurden. Danach sollten die Deutschnationalen das Verlangen tragen, drei Ministerien besetzen zu wollen. Eilfertig wurde dieser Aprilscherz, denn anders ist er nicht aufzufassen, von den demokratischen Blättern Sachsens abgedruckt und mit so ernsthaften Bemerkungen versehen, daß dem unbefangenen Leser das Gefühl aufkommen mußte, als handle es sich wirklich um eine bestimmte Absicht der Deutschnationalen.

Wer hinter die Kulissen zu blicken versteht, dem blieb nicht verborgen, daß diese Aprilmeldung vielleicht von demokratischer Seite aus inspiriert war. Es fiel auf, daß die Deutschnationalen angeblich auf drei Ministerien reflektieren, die erstlich in deutschnationalen Kreisen überhaupt nicht diskutiert worden sind. Nach dem berühmten Bescheid, der am 1. Juni fällig sein wird, steht den Deutschnationalen das Innenministerium zu. Das ist aber bekanntlich zwischenzeitlich von den Demokraten in der Person des Herrn Professor Apelt besetzt. Die Demokraten wissen, daß es sich bei der Aussprache über die Regierungsbildung also hauptsächlich um das Innenministerium handeln wird. Mit geradezu raffinierter Schamlosigkeit lenkt nun plötzlich die demokratische Presse die Deffektivität vom Innenministerium ab. Es wird bewußt ein Keil zwischen die Deutschnationalen einerseits und die Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei andererseits getrieben. Der Zweck ist offensichtlich. Um das Innenministerium nicht abgeben zu müssen, suggeriert man nicht nur den beteiligten Parteien, sondern der Deffektivität folgenden Gedanken: Das Innenministerium ist nicht kritisch. Strittig sind verschiedene Ministerien, die jetzt von der Volkspartei und der Wirtschaftspartei besetzt sind. Man lenkt also den sachlichen Kampf auf Ministerien, deren Preisgabe ihren bisherigen Trägern naturgemäß Kopfschmerzen bereitet. Damit schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Einmal stellt man sich im demokratischen Lager desinteressiert, indem man nachzuweisen versucht, daß die Entscheidung über die künftige Regierungszusammensetzung nicht bei den Demokraten, sondern bei den Rechtsparteien liegt. Zweitens hegt man die Rechtsparteien bewußt auseinander, um als laohender Dritter sich so aus der Schlinge zu ziehen, wie es nach demokratischem Muster wünschenswert erscheint.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die fünf Männer starke demokratische Landtagsfraktion politisch nach verschiedenen Seiten strebt. Der linke Flügel unter dem Einfluß Dr. Senferts liebäugelt mit den Linksozialisten. Der etwas mehr rechts eingestellte Flügel unter Führung der wirtschaftlich verträglicheren Leute, wie Dr. Dehne und Dr. Kästner, will von den Linksozialisten, mit denen zugleich die Kommunisten geduldet werden müßten, nichts wissen. Dazu kommt, daß die Machtstellung Dr. Senferts im Kultusministerium in die Brüche zu gehen droht. Was liegt also näher, als die letzte Koalition beiseite zu schieben, um dann als Retter des Vaterlandes zu sagen: der Anschluß nach links ist notwendig, um das Land vor den Unruhen einer neuen Wahl zu bewahren!

Es wäre besser, die Demokraten würden offen Farbe bekennen. Schon bei der Regierungsbildung im Januar und Februar haben sie stark nach links geschickt. Daß sie trotzdem gemeinsam mit den übrigen bürgerlichen Fraktionen den Bescheid unterschrieben haben, der den Deutschnationalen spätestens zum 1. Juni d. J. den Eintritt in die Regierung sichert, war vielleicht mehr eine zwangsläufige Geste, um nicht damals schon vor die Entscheidung gestellt zu werden, sich klar auszusprechen, nach welcher Seite man die größere Reizung verspürt. Oder hat man den Bescheid mit unterschrieben in der bewußten Absicht, ihn am 1. Juni nicht einlösen zu wollen? Diese Frage wird in den nächsten Wochen geklärt werden müssen.

Die deutschnationalen Fraktion hat in den vergangenen Monaten bewiesen, daß sie unbeeinträchtigt die öffentliche Meinung eine Politik betreibt, die einzig und allein auf das Wohl des gesamten sächsischen Volkes gerichtet war,

## Perilsch über die Politik Südslawiens.

#### Nichteinmischung im Albanien-Konflikt.

Ein Handelsvertrag mit Deutschland erwünscht.

Berlin, 13. April. Ein Mitarbeiter der „Germania“ hatte in Belgrad eine Unterredung mit dem südslawischen Außenminister Perilsch. Der Minister erklärte u. a., daß Jugoslawien mit seinen Nachbarn in guten und freundschaftlichen Verhältnissen leben wolle. In der letzten Zeit habe der italienisch-albanische Pakt eine gewisse Mißstimmung in der öffentlichen Meinung Jugoslawiens hervorgerufen. Man habe sich einer gewissen Befremdung nicht erwehren können, da Jugoslawien bezüglich des albanischen Staates stets an der Nichteinmischung sowie an dem Grundsatz:

„Der Balkan den Balkanvölkern“

festgehalten habe. Durch die beiderseitig erklärte Bereitwilligkeit, den Fall durch einen direkten Meinungsaustrausch endgültig zu regeln, sei der Weg zu einer friedlichen Lösung sichergestellt.

Außenminister Perilsch erklärte weiter, Jugoslawien sei befreit, eine aufrichtige Verbindung mit Österreich und Deutschland zu pflegen. Jugoslawiens Verhältnis zu diesen beiden Staaten sei das denkbar beste. Die Belgrader Regierung sei bereit, die bisherigen Beziehungen noch weiter auszubauen, namentlich durch den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland, dessen Verhandlungen hoffentlich recht bald in Angriff genommen werden. Durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen würden auch die korrekten und loyalen politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wesentlich gefördert werden.

Die „Germania“ spricht in diesem Zusammenhang die Hoffnung aus, daß wir auch mit Südslawien einen Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag abschließen möchten

#### Neue italienisch-jugoslawische Mißstimmung.

Belgrad, 13. April. Das von der jugoslawischen Kammer am 31. März beschlossene, aber erst jetzt bekanntgegebene Verbot über die Ausländer in Dalmatien hat in Italien große Erregung hervorgerufen. In italienischen Regierungskreisen sieht man in der Bestimmung, daß Ausländer innerhalb von 50 Kilometer von der Grenze keinen Besitz haben dürfen, eine Entseignung und Unterdrückung der Italiener in Dalmatien und eine offene Verletzung der bestehenden Verträge. (Z. U.)

#### Benesch rühmt die Festigkeit der Kleinen Entente.

Prag, 13. April. Außenminister Dr. Benesch erklärte Pressevertretern gegenüber u. a.: Die römische Frage sei nunmehr in ein Stadium eingetreten, wo sie mehr den Innenminister als den Außenminister angehe. Die Verhandlungen über das Kirchvermögen seien bereits sehr weit fortgeschritten. Die Schwierigkeiten bei den ganzen Verhandlungen lagen vornehmlich in der Preizfrage, da der Papst Garantien dafür verlangte, daß die Ereignisse bei der vorletzten Fuß-Fellei sich nicht wiederholten.

Von der Kleinen Entente sagte der Minister in seinen weiteren Ausführungen, sie stelle ein so enges Freundschaftsverhältnis dar, daß nichts in der Welt geschehe, ohne daß darüber unter den einzelnen Staaten gesprochen und ein einheitliches Vorgehen vereinbart werde. Eine Gefahr für die Kleine Entente bestehe daher nicht. (Z. U.)

#### 15 Millionen Bel für die deutschen Schulen in Rumänien.

Bukarest, 12. April. Das rumänische Kabinett hat heute die Ausweisung von 15 Millionen Bel für die deutschen und von 30 Millionen Bel für die ungarischen Bekenntnischulen genehmigt. (Z. U.)